

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/1340 –**

Schnelle und wirksame Hilfen zur Rettung der Deutschen Fischerei

A. Problem

Die Fraktion der CDU/CSU bittet den Deutschen Bundestag festzustellen, dass die deutsche Fischerei sich in einer noch nie dagewesenen Existenzkrise befindet. Sie erklärt, dass infolge der Corona-Pandemie die heimischen Betriebe in einer wirtschaftlich existenzbedrohenden Situation sind. Die Antragsteller führen aus, dass durch den in ihren Worten völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine und die hierdurch ausgelösten Preissteigerungen bei den Rohölderivaten die Fischerei unverschuldet in eine Situation geraten ist, bei der sie keine Erträge oder Gewinne erwirtschaften kann. Die Fraktion der CDU/CSU legt dar, dass ohne eine schnelle finanzielle Unterstützung innerhalb der nächsten Wochen eine Vielzahl der Fischereibetriebe zur Betriebsaufgabe gezwungen sein wird.

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, schnelle und wirksame Hilfen zur Rettung der deutschen Fischerei zu ergreifen, unter anderem schnelle Energiekostenzuschüsse zur real wirksamen Existenzsicherung von Betrieben auszahlend und die soziale Absicherung der Crew-Mitglieder, Angestellten und selbständigen Betriebsleiter zur Sicherung der vorhandenen Produktionskapazitäten zu gewährleisten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/1340 abzulehnen.

Berlin, den 21. September 2022

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Hermann Färber
Vorsitzender

Anna Kassautzki
Berichterstatterin

Astrid Damerow
Berichterstatterin

Renate Künast
Berichterstatterin

Karlheinz Busen
Berichterstatter

Stephan Protschka
Berichterstatter

Ina Latendorf
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Anna Kassautzki, Astrid Damerow, Renate Künast, Karlheinz Busen, Stephan Protschka und Ina Latendorf

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 28. Sitzung am 7. April 2022 den Antrag der Fraktion der CDU/CSU auf **Drucksache 20/1340** an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Tourismus sowie den Ausschuss für Klimaschutz und Energie überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion der CDU/CSU bittet den Deutschen Bundestag festzustellen, dass die deutsche Fischerei sich in einer noch nie dagewesenen Existenzkrise befindet. Sie erklärt, dass infolge der Corona-Pandemie die heimischen Betriebe in einer wirtschaftlich existenzbedrohenden Situation sind. Dabei sichern gemäß der Antragsteller die Fischer die hiesige Ernährung; insbesondere für die Versorgung mit wertvollem Eiweiß und Omega-3-Fettsäuren ist ihnen zufolge die heimische Fischerei zwingend erforderlich. Fisch gehört für die Fraktion der CDU/CSU zu einer gesunden, ausgewogenen Ernährung dazu.

Die Antragsteller führen aus, dass durch den in ihren Worten völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine und die hierdurch ausgelösten Preissteigerungen bei den Rohölderivaten die Fischerei unverschuldet in eine Situation geraten ist, bei der sie keine Erträge oder Gewinne erwirtschaften kann. Aktuell machen nach Darstellung der Fraktion der CDU/CSU die Energiekosten bis zu 80 Prozent des zu erwartenden Umsatzes aus. Eine kostendeckende Fischerei ist aus ihrer Sicht damit unmöglich. Die Fischer bleiben laut der Antragsteller mit ihren Schiffen folglich in den Häfen liegen und verlieren damit die Möglichkeit, selbst ihre Fixkosten, u. a. für Personal, zu leisten.

Die Fraktion der CDU/CSU legt dar, dass ohne eine schnelle finanzielle Unterstützung innerhalb der nächsten Wochen eine Vielzahl der Fischereibetriebe zur Betriebsaufgabe gezwungen sein wird. Dies ist ihren Angaben zufolge schon jetzt nahezu täglich der Fall. Fischereifamilien, die teilweise bereits in vierter oder fünfter Generation dieser Tätigkeit nachgehen, stehen gemäß der Antragsteller vor dem Nichts.

Während nach Aussage der Fraktion der CDU/CSU Deutschland auf eine europäische Lösung wartet, wird in anderen europäischen Staaten, u. a. in Frankreich, bereits gehandelt. Die deutsche Fischerei braucht aus Sicht der Antragsteller dringend eine schnelle und möglichst unbürokratische finanzielle Unterstützung. Ohne direkt wirksame Hilfen wird es laut der Fraktion der CDU/CSU in wenigen Wochen keine deutsche Meeresfischerei mehr geben.

Die Antragsteller erklären, dass in der gegenwärtigen Lage die Bundesregierung nicht nur energiewirtschaftliche Unabhängigkeit von Importen im Blick haben muss, sondern auch die Grundversorgung mit Lebensmitteln mit wirksamen Maßnahmen sichern muss. In diesem Kontext müssen für sie auch die Erzeugungsmöglichkeiten der deutschen Fischerei vor Kriegsfolgen geschützt und entwickelt werden.

Mit dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU soll die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel insbesondere aufgefordert werden,

1. schnelle und wirksame Hilfen zur Rettung der deutschen Fischerei zu ergreifen, unter anderem
2. schnelle Energiekostenzuschüsse zur real wirksamen Existenzsicherung von Betrieben auszahlend;
3. die soziale Absicherung der Crew-Mitglieder, Angestellten und selbständigen Betriebsleiter zur Sicherung der vorhandenen Produktionskapazitäten zu gewährleisten;

4. eine Stilliegeprämie für alle Haupterwerbsbetriebe einzuführen, ohne zusätzliche Kriterien wie Mindestsee-tage oder Fahrzeuglängen, die den effektiven Empfängerkreis jetzt ohne Bezug zur Realität in dieser Ausnah-mesituation einzuschränken.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 21. Sitzung am 21. September 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/1340 abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 24. Sitzung am 21. September 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/1340 abzulehnen.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat in seiner 18. Sitzung am 21. September 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/1340 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 23. Sitzung am 21. September 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/1340 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** hat in seiner 18. Sit-zung am 21. September 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/1340 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat in seiner 18. Sitzung am 21. September 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/1340 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** hat in seiner 31. Sitzung am 21. September 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/1340 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

1. Abschließende Beratung

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft hat den Antrag auf Drucksache 20/1340 in seiner 15. Sitzung am 21. September 2022 abschließend beraten.

Die **Fraktion der SPD** äußerte, im Kontext der erstmaligen Beratung des Antrages der Fraktion der CDU/CSU im Plenum hätte sie bereits unterstrichen, dass die deutsche Fischerei aus mehr als den zu Recht erwähnten Nord-seekrabbenfischern bestehe. Die Hilfen der Bundesregierung kämen nicht nur bei den Fischern an der Nordsee, sondern auch bei den Ostseefischern an. Mit ihnen befinde sich die Fraktion der SPD im ständigen Kontakt. Sie würde sich über eine Nachjustierung bei den Förderbedingungen bei den Kleinbeihilfen für Fischereiunterneh-men, was die Frage der Schiffslänge oder des Volumens angehe, freuen. Hierbei unterstütze die Fraktion der SPD gerne das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) dabei, diesbezüglich ggf. noch Anpas-sungen vorzunehmen. Die gegenwärtigen Betriebsbeihilfen würden aufgrund der Situation in der Ukraine bzw. aufgrund der ökonomischen Auswirkungen auf die Fischerei infolge des Krieges von Russland gegen die Ukraine erfolgen. Alle Fraktionen seien sich darin einig, dass darüber hinaus im Bereich Fischerei etwas passieren müsse. Genau deswegen sei die Schaffung einer Zukunftskommission Fischerei in den Koalitionsvertrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP für die 20. Wahlperiode aufgenommen worden. Der Bundesregierung sei die Frage zu stellen, welche konkreten Schritte aktuell nötig seien und welcher Zeitplan von ihr verfolgt werde,

um die Zukunftskommission Fischerei einzurichten, damit die großen und die systemischen Probleme, die im Bereich der Fischerei insgesamt bestünden, angegangen werden könnten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, sie hätte Anfang April 2022 ihren Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht, weil alle Fraktionen zu diesem Zeitpunkt den Hilferuf der deutschen Fischerei, vor allem der Krabbenfischerei, erhalten hätten. Positiv wolle sie anmerken, dass die Krabbenfischer seit Mitte August 2022 explizit Hilfe im Rahmen des Kleinbeihilfeprogramms für Fischereiunternehmen erhielten. Allerdings hätte sich die Fraktion der CDU/CSU den gesamten Ablauf der Hilfen deutlich schneller gewünscht. Dass es bis Mitte August 2022 gedauert habe, bevor die Hilfen bei den Betroffenen angekommen wären, erscheine nicht nur ihr, sondern vor allem den Fischern als zu lang, weil diese in großer Not gewesen wären und immer noch seien. Es seien 200 Anträge gestellt worden, von denen offenbar bisher nur 68 zur Auszahlung gekommen wären. Das bedeute im Umkehrschluss, dass die Hilfen in Höhe von zehn Millionen (Mio.) Euro bisher nur unzureichend verausgabt worden seien und es nach wie vor Probleme gäbe. Das hätte insbesondere mit der Schiffslängen-Klassifizierung zu tun. Deshalb bitte die Fraktion der CDU/CSU darum, dass das BMEL sich die Sache nochmals genauer anschau. Es scheine, dass bei der vorgenommenen Einteilung, wie häufig in solchen Fällen, am Ende bestimmte Fischer durch das Raster der Förderung fielen. Zudem hätte die Fraktion der CDU/CSU angesichts der Tatsache, dass die zehn Mio. Euro bei weitem noch nicht verausgabt seien, die Erwartung an das BMEL, sich die vom Johann Heinrich von Thünen-Institut (Thünen-Institut) errechneten Zahlen für die Fördergrundsätze bei den Hilfen nochmals genauer anzuschauen. Die Fischer hätten der Fraktion der CDU/CSU mitgeteilt, dass die Zahlen, die das Thünen-Institut zur Berechnung der Hilfen auf Grundlage des Informationsnetzes landwirtschaftlicher Buchführungen (Testbetriebsnetz) im Bezug auf die Betriebskosten vorgenommen hätte, zu niedrig angesetzt worden seien und deshalb die Fischereibetriebe auf das Jahr gerechnet nach wie vor ein großes Defizit bei ihren Betriebskosten hätten. Vor diesem geschilderten Hintergrund hätte sich der Antrag der Fraktion der CDU/CSU inhaltlich noch nicht erledigt und sei eine weitergehende Unterstützung notwendig. Die bisherigen Maßnahmen könnten nur ein erster Schritt sein, weil im besonderen Maße die Krabbenfischer an der Nordseeküste bzw. die heimische Fischerei insgesamt weitere Hilfen brauche. Eine Antwort von Bundesminister Cem Özdemir (BMEL) zu dieser Frage sei bisher nicht erfolgt. Daher werde die Fraktion der CDU/CSU an dem Thema dran bleiben.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** legte dar, es sei von mehreren Fraktionen bereits gesagt worden, dass der Antrag der Fraktion der CDU/CSU sich in gewisser Weise erledigt hätte. Das BMEL habe die Möglichkeiten des Rechts der Europäischen Union (EU) für Kleinbeihilfen voll ausgeschöpft. Schon deshalb müsse der Antrag der Fraktion der CDU/CSU abgelehnt werden. Es sei positiv, dass die mögliche Beihilfe pro Betrieb von 35 000 Euro auf 75 000 Euro von der Bundesregierung angehoben würde. Das betreffe bei den gestiegenen Betriebskosten viele der Fischer/innen der Nord- und Ostsee, auch wenn das Problem mit der Schiffslänge bestehe und darauf hingewiesen werden müsse, dass jene Betriebe, die schon einen kleineren Betrag bekommen hätten, im Zweifelsfalle einen erneuten Antrag auf eine höhere Zahlung hibekommen müssten. Wichtig sei, zu erfahren, wie der Stand der Auszahlungen bei den Beihilfen derzeit sei. Zu der Frage, was es darüber hinaus für Ideen für die Zukunft zur Unterstützung der Krabbenfischer bzw. der Fischerei gebe, u. a. zur langfristigen energetischen Sanierung der Branche oder zur Erneuerung der veralteten Flotte, werde eine Kommission zur Zukunft der Fischerei von Seiten der Bundesregierung eingerichtet. So hätten z. B. die Krabbenfischer in Niedersachsen eine Vielzahl an Zukunftsfragen. Das betreffe u. a. die Frage der Vertiefung der Weser und die möglichen Auswirkungen auf sie bzw. wie sie dann geschützt würden. Das müsse in den Debatten um die deutsche Fischerei mit berücksichtigt werden. Dabei müssten auch die zukünftigen Möglichkeiten der Fischerei, weiterhin kleine Häfen benutzen zu können, mitbetrachtet werden. Die Politik werde es aber nicht schaffen, mit ihren Hilfspaketen alle Defizite bei der Fischerei ausgleichen zu können. Die „Oppositionsfraktionen“ bitte sie, am Ende nicht auf einen „Trip“ zu landen, bei dem davon ausgegangen werde, als könnte die Politik alles mit Geld vollständig ausgleichen und somit einen Ausgleich für die schwierige politische Situation, die derzeit existiere, schaffen. Die finanziellen Belastungen würden nicht überall zu 100 Prozent, ob Fischerei oder private Haushalte, ausgeglichen werden können. Die Fischerei könne sich nur in dem Rahmen bewegen, in dem Fische erhalten werden könnten, weil es ansonsten keine Fischerei mehr gebe. Deshalb werde das, was in der Vergangenheit praktiziert worden sei, nicht die Zukunft sein. Damit werde sich die Politik kritisch auseinandersetzen müssen.

Die **Fraktion der FDP** bemerkte, die Fraktion der AfD sollte ihre Informationen nicht nur aus der Presse beziehen, wenn es um die Frage gehe, eine Bewertung darüber vornehmen zu wollen, wer was wo bei den Hilfen für die Fischerei blockiert habe. Die Fraktion der FDP sei froh und zufrieden damit, dass diese Kleinbeihilfen zur Auszahlung bei den Fischereibetrieben kämen. Es könne im Nachhinein immer gesagt werden, dass es noch

schneller hätte gehen sollen oder müssen; aber am Ende wäre es von der Bundesregierung und den sie tragenden Fraktionen hinbekommen worden, was gut sei. Was die Aussagen der Fraktion der CDU/CSU betreffe, müsse ehrlicher Weise gesagt werden, dass die Nebensätze in ihren Aussagen „entlarvend“ seien. Wenn die Fraktion der CDU/CSU sage, dass seit der Einbringung ihres Antrages ins Parlament etwas passiert sei, sie aber trotzdem an diesem festhalten wolle, drücke sich daran deutlich aus, dass sie eigentlich erkannt hätte, dass sachlich und fachlich sehr vieles von dem, was sie in ihrem Antrag fordere, umgesetzt worden sei, sie aber sich gegenüber Anspruchsgruppen und Stakeholdern zuvor „committed“ hätte, an diesem Antrag festzuhalten. Daher sei dieser überflüssig wie ein „Kropf“. Das allermeiste, was im Antrag der Fraktion der CDU/CSU formuliert würde, sei nicht nur auf den Weg gebracht worden, sondern sei zu einem erheblichen Teil schon ausgezahlt worden. Die Fraktion der FDP könne nur alle Abgeordnete, die aus Bundesländern mit Nord- und/oder Ostseeküste kämen, auffordern, vor Ort auch darüber zu informieren, dass es noch Mittel gebe, um den Betrieben vor Ort Unterstützung zukommen zu lassen. Das sollte vielmehr die Aufgabe sein als Anträge zu formulieren, über die die Zeit schon längst hinweg gegangen sei.

Die **Fraktion der AfD** stellte fest, der Antrag der Fraktion der CDU/CSU zeige zwar eine wichtige Unterstützung für die heimische Fischerei auf, aber er scheine, wie andere Fraktionen bereits angesprochen hätten, etwas aus der Zeit gefallen zu sein, denn die Fischereibetriebe, die von den Folgen der Ukraine-Krise bzw. des dortigen Krieges betroffen seien, könnten seit dem 11. Juli 2022 nach Antragstellung bei der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) bis zu 75 000 Euro an Unterstützung erhalten. Die Bundesregierung hätte hierfür insgesamt zehn Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Zu diesem Betrag sei jedoch die Frage zu stellen, warum sich der gesamte Prozess zur Rettung der hiesigen Fischerei solange hinaus gezögert habe. Das Bundeskabinett hätte bereits am 27. April 2022 im Rahmen des Ergänzungshaushaltes die Mittel von zehn Mio. Euro zur Abfederung der Betriebsmittel der Küstenfischerei freigegeben. Der Presse wäre zu entnehmen gewesen, dass bis zum 6. Mai 2022 die Finanzmittel vom BMEL beantragt worden seien, aber deren Freigabe anscheinend vom Bundesministerium der Finanzen (BMF) blockiert worden sei. Die Bundesregierung müsse die Fragen beantworten, warum die beiden betroffenen Bundesministerien nicht zügiger zusammengearbeitet hätten, wie viele Anträge von Seiten der Fischereibetriebe bisher an die BLE gegangen seien, wie viele von ihr bisher genehmigt worden seien und wie viele Fischereiunternehmen seit März 2022 Insolvenz hätten anmelden müssen. Auch wenn der Fraktion der AfD der Antrag der Fraktion der CDU/CSU „veraltet“ vorkomme, werde sie ihm zustimmen, weil es gut sei, wenn die heimischen Fischer in Nord- und Ostsee unterstützt würden.

Die **Fraktion DIE LINKE.** führte aus, für sie greife der Antrag der Fraktion der CDU/CSU einerseits ein Thema auf, was sich schon größtenteils erledigt hätte. Andererseits würden Punkte nicht berücksichtigt, die aus ihrer Sicht zu berücksichtigen seien. Diesbezüglich sei von anderen Fraktionen schon Einiges angesprochen worden. Das betreffe insbesondere jene Boote, die aufgrund ihrer Größe bei der Förderung unberücksichtigt blieben. Zudem würden weder durch die jetzigen Beihilferegulungen noch im Antrag der Fraktion der CDU/CSU die Fischer im Nebenerwerb berücksichtigt. Bekannt sei, dass ein Großteil der Fischer die Fischerei zwischenzeitlich nur noch im Nebenerwerb betreibe, weil ein Haupterwerb nicht mehr möglich bzw. nicht mehr auskömmlich sei. Eine Unterstützung für diesen Bereich fehle ihr bei der bisherigen Förderung. In Mecklenburg-Vorpommern, woher die Berichterstatterin der Fraktion DIE LINKE. stamme, habe die Küstenfischerei eine dominierende Rolle. Dort seien es die offenen Boote und die Boote der kleinen Küstenfischerei, die hauptsächlich genutzt würden. Daher seien die derzeitigen Vorgaben bzw. Einschränkungen betreffend dieser Boote ein Hindernis, um die Förderung in Anspruch zu nehmen. Allerdings stimme sie der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu, dass die Krise der Fischerei nicht erst in den vergangenen Monaten entstanden sei. Diese wäre schon vorher, einerseits durch den Rückgang des Fischvorkommens und andererseits durch die Folgen der Coronavirus-Krise, da gewesen. Insofern werde in Bezug auf die Fischerei eine Reaktion auf diese Krisen insgesamt gebraucht. Die Fischerei benötige als Grundlage Fisch. Dafür werde ein gesundes und funktionierendes Meeresökosystem gebraucht. Vor diesem Hintergrund wünsche sich die Fraktion DIE LINKE. als Ansatzpunkte mehr Forschung und Innovationen. Das Thünen-Institut leiste diesbezüglich erfolgreiche Arbeit. Die Politik müsse mehr darauf schauen, dass diese Arbeit auch wirksam werde.

Die **Bundesregierung** erklärte, das von mehreren Fraktionen angeführte Thema „Schiffslänge“ im Kontext der Berechnungen des Thünen-Institut für die Kleinbeihilfen für Fischereiunternehmen werde sie bzw. das BMEL aus dem Ausschuss als Anregung „mitnehmen“. Betreffend der von den Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. erwähnten „Fischgesundheit“, die in den Nachrichten regelmäßig Erwähnung finde, werde gewusst, dass es um diese weder in den Binnengewässern noch im Meer insgesamt gut bestellt sei. Vor allem in der

Ostsee sei die Situation der Fischbestände ein großes Problem. Deswegen sei von Seiten des BMEL zunächst ein „Runder Tisch“ zur Ostseefischerei eingerichtet worden. Im Anschluss werde jetzt geschaut, wie bei der Zukunftskommission Fischerei vorgegangen werden könne. Betreffend des Antrages der Fraktion der CDU/CSU sei anzumerken, dass von Seiten des BMEL bereits viele Dinge für die deutsche Fischerei auf den Weg gebracht worden seien. Aktuell sei die mögliche maximale Hilfe pro Betrieb von 35 000 Euro auf 75 000 Euro bei der Kleinbeihilfe erhöht worden. Mit Stand 9. September 2022 seien bisher 330 Anträge bei der BLE gestellt worden. Davon seien ca. 200 Anträge bereits beschieden und Hilfen in Höhe von 2,9 Mio. Euro auf dieser Grundlage bewilligt worden. Von diese Summe seien bisher rund 2,58 Mio. Euro bereits ausgezahlt worden. Die Frage zu den Insolvenzen werde dem Ausschuss schriftlich beantwortet werden, da hierfür noch Recherchen notwendig seien.

2. Abstimmungsergebnis

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 20/1340 abzulehnen.

Berlin, den 21. September 2022

Anna Kassautzki
Berichterstatterin

Astrid Damerow
Berichterstatterin

Renate Künast
Berichterstatterin

Karlheinz Busen
Berichterstatter

Stephan Protschka
Berichterstatter

Ina Latendorf
Berichterstatterin

